

Alles im Lot? – Ein Transformationssessay

Ina Scharrenbach

»Lot, das

1a. an einer Schnur hängendes, spitz zulaufendes Stück Blei oder Stahl, das durch sein Gewicht die Schnur immer genau in der Senkrechten hält; Senkblei

1b. durch das Lot (1a) angezeigte Senkrechte« (Duden 2023)

1. Multiple Verunsicherungsfaktoren im neuen Jahrzehnt

Alles im Lot – alles ist senkrecht, nichts kann mehr schiefgehen, alles nimmt einen geraden Weg, alles ist in Ordnung. Wenn man an die derzeitige Transformationspolitik der Bundesregierung denkt, kommt man unweigerlich zu dem Schluss, dass etwas aus dem Lot geraten ist.

Das neue Jahrzehnt begann am 1. Januar 2021. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Weltgemeinschaft mitten in der Corona-Pandemie. Weltweit befanden sich die Menschen und die politischen Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger in einer Abwehrschlacht gegen immer neue Infektionswellen zum Schutz der Bevölkerung. Die Forschung und Entwicklung im Gesundheitsbereich lief auf Hochtouren, um Impfstoffe gegen Corona zu entwickeln – ein Wettlauf der fähigsten Köpfe.

Am 14. Januar 2021 meldete das Statistische Bundesamt, dass das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 nach ersten Berechnungen um 5,0 Prozent niedriger als im Jahr 2019 ausfiel. Damit war die deutsche Wirtschaft nach einer zehnjährigen Wachstumsphase im Corona-Jahr 2020 in eine tiefe Rezession geraten, ähnlich wie zuletzt während der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 (Statistisches Bundesamt 2021).

»Im Produzierenden Gewerbe ohne Bau, das gut ein Viertel der Gesamtwirtschaft ausmacht, ging die preisbereinigte Wirtschaftsleistung gegenüber

2019 um 9,7 % zurück, im verarbeitenden Gewerbe sogar um 10,4 %. Die Industrie war vor allem in der ersten Jahreshälfte von den Folgen der Corona-Pandemie betroffen, unter anderem durch die zeitweise gestörten globalen Lieferketten. [...]

Auch auf der Nachfrageseite waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie deutlich sichtbar. Anders als während der Finanz- und Wirtschaftskrise, als der gesamte Konsum die Wirtschaft stützte, gingen die privaten Konsumausgaben im Jahr 2020 im Vorjahresvergleich preisbereinigt um 6,0 % zurück und damit so stark wie noch nie. Die Konsumausgaben des Staates wirkten dagegen mit einem preisbereinigten Anstieg von 3,4 % auch in der Corona-Krise stabilisierend, wozu unter anderem die Beschaffung von Schutzausrüstungen und Krankenhausleistungen beitrug. [...]

Die Corona-Pandemie wirkte sich auch auf den Außenhandel massiv aus: Die Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen gingen im Jahr 2020 erstmals seit 2009 zurück, die Exporte preisbereinigt um 9,9 %, die Importe um 8,6 %. Besonders groß war der Rückgang der Dienstleistungsimporte, was vor allem am hohen Anteil des stark rückläufigen Reiseverkehrs lag.

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2020 von 44,8 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Das waren 477 000 Personen oder 1,1 % weniger als 2019. Damit endete aufgrund der Corona-Pandemie der über 14 Jahre anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit, der sogar die Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 überdauert hatte. Besonders betroffen waren geringfügig Beschäftigte sowie Selbstständige, während die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stabil blieb. Vor allem die erweiterten Regelungen zur Kurzarbeit dürften hier Entlassungen verhindert haben.

Die staatlichen Haushalte beendeten das Jahr 2020 nach vorläufigen Berechnungen mit einem Finanzierungsdefizit von 158,2 Milliarden Euro. Das war das erste Defizit seit 2011 und das zweithöchste Defizit seit der deutschen Vereinigung, nur übertroffen vom Rekorddefizit des Jahres 1995, in dem die Treuhandschulden in den Staatshaushalt übernommen wurden. Der Bund hatte mit 98,3 Milliarden Euro den größten Anteil am Finanzierungsdefizit, gefolgt von den Ländern mit 26,1 Milliarden Euro, den Sozialversicherungen mit 31,8 Milliarden Euro und den Gemeinden mit 2,0 Milliarden Euro. Gemessen am nominalen BIP errechnet sich für den Staat im Jahr 2020 eine Defizitquote von 4,8 %. Der europäische Referenzwert des Stabilitäts- und Wachstumspakts von 3 % und die Zielgröße für die nationale Schuldenbremse wurden demnach deutlich verfehlt. Allerdings wurde die Anwendung beider Zielgrößen aufgrund der Corona-Pandemie für die Jahre 2020 und 2021 ausgesetzt. [...]

Ein Bereich, der sich in der Krise behaupten konnte, war das Baugewerbe: Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung nahm hier im Vorjahresvergleich sogar um 1,4 % zu.« (Statistisches Bundesamt 2021)

Viele Regierungen setzten neben den Einschränkungen im öffentlichen wie im nicht öffentlichen Leben auf Konjunkturpakete, um die wirtschaftliche Tätigkeit abzusichern. Für das Jahr 2021 wurde – auch aufgrund der Verfügbarkeit von Impfstoffen – eine Erholung der Weltwirtschaft prognostiziert.

Im Sommer 2021 wurden die Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen durch eine nie dagewesene Starkregen- und Hochwasserkatastrophe getroffen:

»Als gesichert gilt [...], dass die Wahrscheinlichkeit und die Intensität von extremen Wetterereignissen aufgrund des Klimawandels zunehmen. Wegen der Erderwärmung komme es häufiger zu Dürren und Hitzewellen, aber auch zu massivem Starkregen. Der Grund dafür: Je wärmer die Atmosphäre ist, desto mehr Wasser kann sie aufnehmen, so dass größere Wassermengen in kürzerer Zeit niederschlagen können.«(Bundeszentrale für politische Bildung 2023)

Mehr als 180 Tote und Hunderte Verletzte waren zu beklagen, Milliardenschäden an öffentlicher und nicht öffentlicher Infrastruktur waren zu verzeichnen.

2. Bundesregieren in der Energiepreiskrise

Im September 2021 wählten die Deutschen eine neue Bundesregierung: Mit dem neuen Jahrzehnt entzogen die Wählerinnen und Wähler im September 2021 der CDU/CSU nach 16 Jahren den Regierungsauftrag im Bund. Am 8. Dezember 2021 wählte der Deutsche Bundestag Olaf Scholz (SPD) zum Bundeskanzler; die neue Bundesregierung nahm ihre Arbeit auf. Am 15. Dezember 2021 hielt der neue Bundeskanzler seine erste Regierungserklärung. Die »ZEIT« titelte: »Der Kanzler liest den Koalitionsvertrag vor«. Und weiter:

»[...] Zentrale Stellen seiner Rede bringt Scholz auf den Begriff Fortschritt: technologisch, gesellschaftlich, kulturell. Das kommt nicht unbedingt überraschend, trägt der Koalitionsvertrag der Ampel das Wort schließlich im Titel. Dennoch ist Scholz' Rhetorik interessant. Er sagt: ›Veränderung fällt schwer, Aufbruch ist nicht einfach.« Er sammelt auch diejenigen ein, die

entweder sagen: In Deutschland läuft es doch okay. Oder: Mir macht zu viel Veränderung Angst. »Wir werden neue Wege einschlagen, auch da, wo das Bestehende auf den ersten Blick noch gut funktioniert.« Und weiter: »Ja, es ist ein Wagnis, von bewährten Rezepten aufzubrechen. Weitaus waghalsiger als Aufbruch wären Stillstand und Weiter-so.« [...]» (Otto 2023)

Zu diesem Zeitpunkt, im Herbst/Winter 2021, stiegen die Energiekosten bereits erheblich an: 502 Versorger hatten die Preise im Durchschnitt um bis zu 40 Prozent bis zum Jahresende erhöht. Der Börsenstrompreis stieg um 316 Prozent an. Im Dezember 2021 kostete eine Megawattstunde im Durchschnitt 222 Euro. Schon damals stellten die deutschen Energiekosten einen Wettbewerbsnachteil für die deutsche Wirtschaft dar (Strom-Report 2023).

Am 24. Januar 2022 – rund fünf Wochen nach dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung – folgte ein hartes Stoppschild: Für alle Förderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Rahmen der Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude galt ab dem 24. Januar 2022 ein Förderstopp. Wie sagte Bundeskanzler Scholz bei seiner ersten Regierungserklärung: »Ja, es ist ein Wagnis, von bewährten Rezepten aufzubrechen. Weitaus waghalsiger als Aufbruch wären Stillstand und Weiter-so. [...]« (Otto 2023).

Weitere vier Wochen später griff Russland die Ukraine an und führt seitdem einen Angriffskrieg. Es herrscht wieder Krieg auf dem europäischen Kontinent.

3. Suche nach Sicherheit in unruhigen Zeiten

Zentrale Ereignisse erfordern zentrale Entscheidungen. Seit dem Frühjahr 2022 ist vieles in Deutschland aus der Senkrechten geraten. Abrupte Veränderungen verunsichern und destabilisieren. Je unsicherer die Zeit, umso mehr wird nach Orientierung und Führung verlangt.

Transformationspolitik: Ein großes Wort mit brüchigem Fundament. Unter *Transformation* versteht das Deutsche Institut für Urbanistik einen grundlegenden Wandel. In gesellschaftlicher Perspektive werden mit dem Begriff sprunghafte Veränderungen in der politischen, wirtschaftlichen oder technologischen Entwicklung beschrieben. Auslöser einer Transformation können neue technisch-wirtschaftliche Möglichkeiten als auch deutlich veränderte gesellschaftliche Bedürfnisse sein. Jede Transformation ist ein längerfristiger, mehrere Jahrzehnte andauernder Lern- und Suchprozess, der mit vielen

Unsicherheiten verbunden ist. Er kommt erst dann zum Abschluss, wenn sich neue Systemstrukturen dauerhaft etabliert und stabilisiert haben (DIFU 2017).

Ja, Deutschland benötigt einen grundlegenden Wandel. Allerdings mehr mit Ideen als mit politischen Ideologien. Die deutsche Wirtschaft ist weltweit ein Schwergewicht: Fähigkeit, Können und Innovationskraft zeichnet das deutsche Unternehmertum mit dem Willen aus, Veränderungsprozesse aktiv zu gestalten. Vielleicht ist es gerade dieser Geist, der der Bundesregierung fehlt; vielleicht ist es gerade das Verständnis für die Sozialen Marktwirtschaft als Werte- und Wirtschaftsordnung, was in dieser Bundesregierung abhandengekommen zu sein scheint. Deren Grundprinzipien: Chancengerechtigkeit, Selbstverantwortung, private Eigeninitiative, Subsidiarität und Solidarität. Ein Staat, in dem die Freiheit des Einzelnen auch immer mit der Verantwortung für das Gemeinsame einhergeht.

4. Ein moderner Staat ist ein starker Staat

In einem modernen Staat mit einer föderalen Leitkultur ist der moderne Staat ein starker Staat, der seinen Schutzfunktionen gegenüber den Bürgerinnen und Bürger gerecht wird. Ein starker Staat findet hingegen seine Ausprägung nicht in der Anzahl und Komplexität von Vorschriften und Gesetzen – je höher die Komplexität von Gesetzen, je höher die Anzahl von Gesetzen und Vorschriften, die in die Lebensbereiche einzelfallorientiert eingreifen, umso schwächer macht sich der Staat, umso angreifbarer wird er in Krisensituationen, weil das geschaffene Recht zur Gewährleistung der Schutzfunktionen nicht passt, umso getriebener wird er, um Krisensituationen bewältigen zu können.

Für eine gelingende Transformationspolitik bedarf es Klarheit, Orientierung, Ordnung und Vertrauen den Menschen gegenüber – in ihre Fähigkeiten und in ihr Können. Der Treibstoff für die Transformationspolitik ist die Energiepolitik: Binnen kürzester Zeit ist es der Bundesregierung gelungen, neue LNG-Terminals zur Reduzierung der Abhängigkeit vom russischen Gas zu errichten. Nur hat die Bundesregierung zugleich am politischen Klein-Klein festgehalten – der Mut ist abhandengekommen. Es fehlt eine realistische Energieversorgungsstrategie für Deutschland: Für die Wirtschaft genauso wie für die Bürgerinnen und Bürger. Aus einer Strategie lassen sich konkrete Handlungsschritte – geordnet – ableiten und umsetzen. Sie gibt Orientierung und bietet Verlässlichkeit, sofern die politischen Ziele erreichbar – auch mit Anstrengungen – gesteckt werden. Dazu müsste die Bundesregierung

sich selbst ehrlich machen: Was ist in welcher Zeit mit welchen Investitionen tatsächlich erreichbar? In der Politik ist es umso entscheidender, dass partei-lich Wünschenswerte von dem tatsächlich politisch Machbaren zu trennen. Gerade mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zum Klima- und Transformationsfonds bedarf es einer schonungslosen politischen Analyse darüber, ob die hektisch auf den Weg gebrachten Bundesgesetze tatsächlich derart kurzfristig umgesetzt werden können und was der Preis ist, den Deutschland dafür zahlt, und in der Zukunft sein wird.

Die Bundesregierung hat sich auf den Weg gemacht – am Beispiel der Immobilien- und Bauwirtschaft: KfW-Förderstopp und Wiederöffnung für einen Tag, rund anderthalb Jahre quälende Diskussion um das Heizungsgesetz, nachgelagerte Beratung um die kommunale Wärmeplanung mit fehlender Harmonisierung zum Gebäudeenergiegesetz, fehlendes Förderkonzept für Gebäudeinvestitionen, ausstehende Entscheidungen um den Bau von wasserstoff-fähigen Gaskraftwerken, fehlende energiepolitische Infrastrukturrentscheidungen mit Perspektive, fehlender Transformationspfad für energieintensive Unternehmen und deren Produkte wie Zement, Klinker, Stahl und chemische Produkte, nun wieder Förderstopp. Man könnte sagen: Verheddert in der selbst ausgerufenen Transformation.

Der Wunsch nach Rechtseinheit führt oftmals zu zu engen Leitplanken, die den Herausforderungen mitunter nicht mehr gerecht werden (können). Ein moderner Staat beschränkt sich in seiner Gesetzgebung auf einen freiheitlich-demokratischen Rahmen, der den Menschen vertraut und Zutrauen in sie hat. Ein freiheitlich-demokratischer Rahmen regelt das gesetzlich Erforderliche und Notwendige, nicht das gesetzlich Denkbare – mithin ist ein moderner Staat auch ein solcher, der sich selbst beschränkt. Ein moderner Staat kehrt ab von gesetzlichen Einzelfallregelungen und findet den Weg zurück in Rahmengesetzgebungen, die Freiheit zur Gestaltung der Zukunft den Menschen zurückgeben.

Dies bedarf es umso mehr in diesem Jahrzehnt. Die Menschen in Deutschland haben die Fähigkeiten und das Können und den grundsätzlichen Willen, Veränderungen aktiv zu gestalten. Mehr Flexibilität, mehr Freiheit, mehr Zutrauen in die eigene Werte- und Wirtschaftsordnung und in die Fähigkeiten können dazu beitragen, die Ordnung wieder in das Lot zu bringen.

Literatur

- Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Jahrhunderthochwasser 2021 in Deutschland, Website bpb, [online] <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/337277/jahrhunderthochwasser-2021-in-deutschland/> [abgerufen am 06.12.2023].
- Deutsches Institut für Urbanistik (2017): Was ist eigentlich...Transformation? Begriffe aus der kommunalen Szene – einfach erklärt, Website difu, [online] <https://difu.de/nachrichten/was-ist-eigentlich-transformation> [abgerufen am 06.12.2023].
- Duden (2023): Lot, das, Website Duden, [online] https://www.duden.de/recht-schreibung/Lot_Gewicht [abgerufen am 06.12.2023].
- Otto, Ferdinand (2021): Der Kanzler liest den Koalitionsvertrag vor, Zeit Online, 15.12.2023, Website Zeit, [online] <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2021-12/olaf-scholz-regierungserklaerung-corona-koalition> [abgerufen am 06.12.2023].
- Statistisches Bundesamt (2021): Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 um 5,0 % gesunken. Deutsche Wirtschaft im Corona-Krisenjahr 2020 schwer getroffen, Pressemitteilung Nr. 020 vom 14. Januar 2021, Website Statistisches Bundesamt, [online] https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/01/PD21_020_811.html [abgerufen am 06.12.2023].
- Strom-Report (2023): Strompreisentwicklung in Deutschland, Website Strom-Report, [online] <https://strom-report.de/strompreise/strompreisentwicklung/> [abgerufen am 06.12.2023].

